

Rot-Grün öffnet sich ein Stück bei Baugebieten

Partner stellen Ziele für nächste Ratsperiode vor

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Die Fraktionschefs von SPD und Grünen, Bernd Lynack und Ulrich Rübiger, haben am Dienstag die rot-grüne Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Ihnen sei bewusst, dass sie im Gegensatz zur letzten Wahlperiode keine Mehrheit hätten, betonten beide. Die müsse man eben suchen. „Klar wird es schwieriger, etwas umzusetzen“, räumte Rübiger ein. SPD und Grünen wollten jedoch nicht nur auf Verwaltungsvorlagen reagieren, sondern selbst Schwerpunkte setzen. Auszüge aus dem Papier:

Weniger Lärm und Luftverschmutzung: Dieses Ziel will Rot-Grün durch die weitere Umsetzung des Verkehrskonzeptes IVEP erreichen. Es zielt darauf, den Anteil der Autonutzung zu mindern und Radfahren, Busfahren und Zufußgehen zu fördern. Die Stadt müsse auch einen Weg finden, die Grenzwerte für Stickoxyde in der Schuhstraße einzuhalten, betonte SPD-Politiker Detlef Hansen: „Wir haben da ein Problem, dem müssen wir uns stellen.“ Rot-Grün werde alles versuchen, um ein Innenstadt-Fahrverbot für Dieselfahrzeuge zu vermeiden.

Bus-Kurzstreckenticket: SPD und Grüne erhoffen sich davon mehr Fahrgäste.

Baugebiete: Es gelte grundsätzlich weiter das Motto Innenstadtentwicklung vor Ausdehnung am Stadtrand, erklärte Grünen-Vertreter Volker Spieth. Neue Siedlungen seien aber nicht ausgeschlossen: „Wenn es nötig ist.“ Die Verwaltung müsse dazu Vorschläge machen. Bislang war Rot-Grün strikt gegen Baugebiete.

Kinderbetreuung: Gewünscht seien unter anderem flexiblere Kita-Öffnungszeiten, erklärte Kerstin Angermann. Horste sollen durch Ausbau der Ganztagsbetreuung wegfallen können – auch aus Kostengründen.

Sparen: Potential sehen die Partner in einer stärkeren Zusammenarbeit mit dem Kreis. „Da gibt es einiges“, meint Spieth. Der Kreis solle sich zudem mehr an der Finanzierung der Musikschule und der Bibliothek beteiligen – schließlich wohnen deren Nutzer keineswegs nur in der Stadt Hildesheim.

Stadtgefühl: Auf der rot-grünen Agenda stehen offene WLAN-Zugänge, zum Beispiel rund um das Rathaus, generell gingen private Anbieter vor öffentlichen, sagte Rübiger. Auf Plätzen sollen mehr Bänke stehen, gern hätten SPD und Grüne mehr Blumenwiesen wie jene am Ende der Sedanstraßen-Allee. Weitere Rekonstruktionen früherer Gebäude wie den Zuckerhut soll es nicht geben.

Stadtteilmanager: Sie soll es in möglichst vielen Vierteln geben.

Kulturhauptstadt: Rot-Grün wolle den Prozess wohlwollend kritisch begleiten, sagte Rosa Wagner-Kröger, die Stadt dürfe aber kein Geld ausgeben. Wichtig sei eine Kulturentwicklungsplanung als Grundlage: „Nur Welterbe reiche nicht.“